



AK ESSAYPREIS ZUM THEMA „ÜBERREICHTUM“

Preisträger:innen 2023

Mit Essays von
Johannes Amann
Nicole Osimk
Daniel Mayerhoffer, Jan Schulz und Daria Tisch

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3
AK Essaypreis zum Thema „Überreichtum“	4
Zu den Autor:innen	5
Über Reichtum und politische Macht	6
Das Spiel des Lebens	16
Fehlwahrnehmungen von „Überreichtum“	23

VORWORT

Vermögenskonzentration ist gefährlich: Überreichtum beeinträchtigt die Demokratie, das Klima und die Gerechtigkeit. Unsere Demokratie leidet unter dem übergroßen politischen Einfluss der Superreichen, den diese mittels Spenden, Lobbying, Denkfabriken und Medien geltend machen. Das Konsum- und Mobilitätsverhalten der Reichen beschleunigt die Klimakrise. Ungerecht ist Überreichtum, weil durch Vererbung wirtschaftliche und gesellschaftliche Privilegien über Generationen hinweg zementiert werden. Auch für die Finanzierung des Sozialstaates ist der Überreichtum der Wenigen gefährlich. Sozialleistungen werden hauptsächlich durch Beiträge der arbeitenden Bevölkerung finanziert, während vermögensbezogene Steuern nur 1,4 Prozent des Steueraufkommens ausmachen. Demokratie und Gesellschaft würden enorm davon profitieren, wenn Überreichtum begrenzt und besteuert würde.

Die Arbeiterkammer thematisiert die enorme Vermögenskonzentration in Österreich seit Langem. Die weltweit führenden Vermögensforscher wie Thomas Piketty, Gabriel Zucman oder Lucas Chancel haben die Ergebnisse ihrer Forschung und ihre politischen Schlussfolgerungen in der AK Wien einem großen Publikum präsentiert. Wir beauftragen Studien zur Konzentration der Vermögen in Österreich, zu den Ursprüngen individuellen Reichtums oder zu den Netzwerken der Superreichen. Unsere Expert:innen publizieren ihre wissenschaftlichen Analysen zum Reichtum in Fachzeitschriften und Massenmedien, sie erarbeiten konkrete und detaillierte Konzepte zur Realisierung einer progressiven Besteuerung von Vermögen und Erbschaften. Doch wissenschaftliche Studien allein reichen nicht. Wir wollen neue Formen der Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Übel des Überreichtums finden. Deshalb haben wir uns zur Ausschreibung des ersten AK Essaypreises entschieden, um Überreichtum auch kulturell und literarisch zu thematisieren.

Die Entscheidung fiel der Jury nicht leicht: Über 30 Essays der unterschiedlichsten literarischen Formen wurden eingereicht, sie spiegeln genau jene Vielfalt an Texten wider, auf die die Ausschreibung abzielte. Die in dieser Publikation versammelten Texte der Preisträger:innen stehen auch exemplarisch für die große Bandbreite der Einreichungen. Johannes Amann spannt in seinem originellen Essay den Bogen von der Geschichte überreicher Herrscher zu den politischen Ambitionen heutiger Milliardäre. Nicole Osimk legt den Fokus mit ihrem kreativen und berührenden Langgedicht auf die persönlichen Auswirkungen von Reichtum. Daniel Mayerhoffer, Jan Schulz und Daria Tisch haben wiederum einen wissenschaftlich geprägten Essay zu den Fehlwahrnehmungen von Überreichtum geschrieben und welche Folgen diese für die Überwindung von übermäßigem Reichtum haben können.

Dem übergroßen Reichtum der Wenigen stehen die Interessen der Vielen gegenüber. Diese zu vertreten, ist die Aufgabe der Arbeiterkammer. Unterstützen Sie uns dabei, etwa indem Sie verlässlich an den AK-Wahlen 2024 teilnehmen.

Wir danken allen Einreicher:innen, den engagierten Mitgliedern der Jury und allen, die zum Erfolg des ersten AK Essaypreises beigetragen haben und wünschen eine anregende Lektüre.

AK ESSAYPREIS ZUM THEMA „ÜBERREICHTUM“

Die Arbeiterkammer Wien hat 2023 erstmals einen mit 5.000 € dotierten Essaypreis ausgelobt. Der AK Essaypreis würdigt Aufsätze zur gesellschaftlichen und demokratiepolitischen Herausforderung des Überreichtums. Die Vermögenskonzentration ist enorm: Die vermögendsten ein Prozent in Österreich haben fast die Hälfte des gesamten privaten Vermögens. Das bedeutet nicht nur höchst ungleiche Lebensbedingungen, sondern geht auch mit einer Konzentration von Macht, Einflussnahme und Entscheidungsgewalt einher.

Die herausragendste Einreichung von Johannes Amann wurde mit einem Preisgeld von 5.000 € prämiert. Zusätzlich hat die AK Wien zwei Anerkennungspreise an Nicole Osimk sowie an Daniel Mayerhoffer, Jan Schulz und Daria Tisch in der Höhe von je 1.500 € vergeben.

Die Auswahl der Preisträger:innen erfolgte durch die Fachjury bestehend aus Juliane Nagiller (Ö1), Armin Thurnher (Falter), Martin Schürz (Autor), Sybille Pirklbauer (AK Wien) und Markus Marterbauer (AK Wien).

Jury (von links nach rechts)

- Markus Marterbauer (AK Wien)
- Juliane Nagiller (Ö1)
- Sybille Pirklbauer (AK Wien)
- Martin Schürz (Autor)
- Armin Thurnher (Falter)



ZU DEN AUTOR:INNEN



Johannes Amann, geb. 1986, Gedenkdienstjahr in Brüssel (BE), Studium der Volkswirtschaft in Wien und Utrecht (NL), arbeitet als Ökonom und Deutschlehrer in Wien.



Nicole Osimk, 29 Jahre, in Wien lebend und in der Welt zu Hause. Sozialarbeiterin und Bildungswissenschaftlerin (MA). Aktivistin für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit. Seit 2019 setzt sie in Wien als Projektleiterin der Agentur Sonnenklar mit einem inklusiven Team Schulungen zu Gewaltprävention für Menschen mit und ohne Behinderungen um. In der Freizeit trifft man sie im Kino, bei einer guten Tasse Kaffee oder vertieft im Lesen und Schreiben.



Daniel Mayerhoffer ist Assistant Professor in der Forschungsgruppe Institutions, Inequalities, and Life Courses am Amsterdam Institute for Social Science Research und dem Data Science Centre der UvA Amsterdam. Er absolvierte sein Doktorat am Lehrstuhl für Politische Theorie der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Er nutzt agentenbasierte Computersimulationen neben anderen Methoden, um komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge, insbesondere die Wahrnehmung von Ungleichheiten, zu erklären und Möglichkeiten zu ihrer Veränderung aufzuzeigen. In seiner Freizeit widmet sich Daniel ausufernden politischen Diskussionen, in denen er Wert auf argumentative Klarheit legt, sowie seinen Legomodellen.



Jan Schulz ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft am Institut VWL der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Als Masterstudent hat er die Lokalgruppe Plurale Ökonomik in Bamberg mitbegründet und organisiert als dessen Teil unter anderem den Alumn*-Workshop des Netzwerkes Plurale Ökonomik mit. Inhaltlich verortet er sich vor allem im Bereich der Komplexitätsökonomik und forscht zu ökonomischer Ungleichheit, Ungleichheitswahrnehmungen, aber auch zu Industriedynamik oder globalen Produktionsnetzwerken und ihren makroökonomischen Auswirkungen. Seine Freizeit verbringt er gerne bei kinderwagentauglichen Wanderungen mit seiner Familie in der fränkischen Schweiz und in diversen Parteigremien als mal mehr, mal weniger zufriedenes Mitglied der SPD.



Daria Tisch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Vermögen und soziale Ungleichheit“ am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Sie erforscht quantitativ die intergenerationelle Persistenz von Reichtum, Ungleichheiten in intergenerationellen Transfers sowie geschlechterspezifische Vermögensungleichheiten. Zuvor hat sie an der Universität zu Köln zum Thema Wahrnehmung von Vermögensungleichheiten innerhalb der Familie promoviert. Ihre Freizeit verbringt sie gerne in der Natur - entweder auf dem Rad oder zu Fuß.

ÜBER REICHTUM UND POLITISCHE MACHT

Johannes Amann

Überreichtum ist ein Kampfbegriff. Das Werturteil, das dem Wort innewohnt, trägt dieses offen vor sich her. Wer den Begriff „überreich“ erörtert, muss also zuallererst sein normatives Element anerkennen und somit unmittelbar Stellung beziehen. Ein Rückzug auf eine zentristische Position unter dem Deckmantel der Objektivität läuft angesichts des offensiven Verzichts auf Wertfreiheit, der im Präfix „Über-“ mitschwingt, ins Leere.

Werden Menschen als Superreiche bezeichnet, so impliziert eine solche Formulierung einen gewissermaßen idealen und somit für alle erstrebenswerten Zustand des Reichtums. Das „Über-“ konstatiert dagegen einen Exzess; das für die Gesellschaft optimale Ausmaß an individuellem Reichtum ist hier eine Linie, die schon überschritten wurde.

Ob eine solche Linie denn existiert, wird mit dem Gebrauch oder der Zurückweisung des Begriffs „Überreichtum“ implizit beantwortet. Wer sich mit dem Begriff auseinandersetzt, im Bejahenden wie im Verneinenden, trifft damit ein moralisches Urteil, das tief in das eigene zugrunde liegende ethische Wertesystem blicken lässt.

Man könnte aristotelische Tugendethik anwenden, wonach exzessiver Reichtum der Kardinaltugend der Mäßigung zuwiderläuft. Man kann darauf hinweisen, dass materielle Ungleichheit durch Erbschaften das Leistungsprinzip verletzt.¹ Man kann utilitaristisch argumentieren, wonach eine Umverteilung von wenigen Wohlhabenden zu vielen materiell schlechter Gestellten – unter gewissen Annahmen der individuellen Nutzenfunktionen – gesamtgesellschaftlich positive Auswirkungen haben.

Paradoxerweise hat die ökonomische Mainstream-Theorie für derartige Fragestellungen wenig Antworten parat. Spätestens seit Lionel Robbins die Unvergleichbarkeit von individuellen Nutzenfunktionen postuliert hatte,² entledigte sich die Ökonomie ihrer utilitaristischen Einflüsse und definierte sich fortan als positivistische und damit wertfreie Wissenschaft.

Die Einschränkung, dass Nutzenvergleiche zwischen Individuen unzulässig seien, hat die theoretische Volkswirtschaftslehre vor konzeptuelle Probleme gestellt,

¹ Schürz, M. (2019), Überreichtum.

² Robbins, L. (1932), The nature and significance of economic science.

die bis heute andauern. In der angewandten Ökonomie, etwa in der Evaluierung und Empfehlung wirtschaftspolitischer Maßnahmen, wird diese Auflage oft ignoriert; ökonomische Analysen sind überwiegend von impliziten, oft utilitaristischen Werturteilen getragen.³ Sie sind damit eben nicht wertfrei, geben sich aber den Anschein als neutrale, vom logischen Positivismus geleitete Tatsachenurteile. Jedenfalls hat der in der theoretischen Ökonomie dominante Diskurs dazu geführt, dass Verteilungsfragen bis zur Erscheinung von Thomas Pikettys *Capital in the Twenty-First Century* vernachlässigt wurden.

Auch weitere Annäherungsversuche an das Phänomen Überreichtum lassen sich unternehmen. In der politischen Philosophie wurde jüngst das Konzept des Limitarismus als Konzept der Verteilungsgerechtigkeit eingeführt, wonach ein Exzess an materiellem Wohlstand moralisch verwerflich sei.⁴ In Zeiten der Klimakrise liegt auch nahe, dem individuellen Ressourcenverbrauch eine exogene Beschränkung aufzuerlegen. Wenn die reichsten ein Prozent der Menschheit das Tausendfache an CO₂-Äquivalenten verbrauchen als die ärmsten ein Prozent,⁵ und das globale CO₂-Budget als bindende, weil existenzbedrohende Einschränkung gesehen wird, ist eine Debatte über (globalen) Überreichtum schon längst überfällig.

Im Folgenden soll jedoch ein anderer Weg beschritten werden, um sich dem Phänomen Überreichtum anzunähern. Ethische Fragestellungen etwa zu Gerechtigkeitsprinzipien laufen schnell Gefahr, als moralisierend oder unscharf abgetan zu werden, und Debatten über Ressourcenverbrauch vermengen Reichtum mit Konsum. Was hier folgt, ist ein Versuch, Überreichtum aus einer historischen Perspektive zu beleuchten, Unterschiede und Parallelen zu gegenwärtigen Entwicklungen herauszuarbeiten und mögliche Konsequenzen für eine Gesellschaft, die von Überreichen (mit-)gestaltet wird, abzuschätzen. Nicht zuletzt soll es auch eine Suche nach der Linie sein, die durch den Reichtum Einzelner überschritten wird.

Übermäßig reiche Menschen gibt es seit Anbeginn der Geschichte. Sprichwörtlich reich waren etwa der lydische König Krösus (etwa 600 v. u. Z.), oder der Mogul Akbar (1542-1605) von Indien. Auch Mansa Musa, Herrscher von Mali im 14. Jahrhundert, Dschingis Khan im 12. Jahrhundert oder Eleanor von Aquitanien (1122-1204) galten als sagenhaft vermögend.

Die Genannten waren allerdings in erster Linie Herrscher:innen, ihr Vermögen war eine Funktion ihrer politischen Macht und untrennbar mit dieser verbunden. So herrschte Krösus über einen der reichsten Teile der antiken Welt, Mansa Musa über Malis Goldminen, Dschingis Khan über immense Flächen an Land – dem wichtigsten Produktionsfaktor in vorindustriellen Zeiten –, Eleanor über die reichsten Grafschaften und Herzogtümer Westeuropas. Moderne Eigentumskonzepte

³ Drakopoulos, S. A. (2023), Value Judgements, Positivism and Utility Comparisons in Economics.

⁴ Robeyns, I. (2017), Having too much.

⁵ <https://www.iea.org/commentaries/the-world-s-top-1-of-emitters-produce-over-1000times-more-co2-than-the-bottom-1>

lassen sich bei der Bewertung dieser Besitztümer aber nur begrenzt anwenden. Es kann zwar argumentiert werden, dass die klassischen Verfügungsrechte – das Recht auf Gebrauch, Nutzen der Erträge, Veräußerung, Veränderung und Zerstörung eines Guts – für Herrschende de iure bestanden. Bei genauerer Betrachtung drängen sich allerdings Vorbehalte gegen dieses Bild auf. In den meisten Fällen machte eine Königin keinen direkten Gebrauch vom Land und von den Gütern ihres Reiches; mit wenigen Ausnahmen wie bei Gold- und Silberminen stellte sie auch keine direkten Ansprüche auf deren Erträge. Das Vorrecht eines Herrschers oder einer Herrscherin war jenes auf Steuereinnahmen, die nicht immer leicht einzutreiben waren. Bei Monarch:innen als historisch Überreichen ist der Übergang zwischen Privat- und Staatseigentum so fließend, dass Bewertungen ihrer Vermögensverhältnisse müßig werden.

Diese Wechselwirkung zwischen politischer Macht und materiellem Wohlstand bestand nicht nur für gekrönte Häupter. Vielmehr galt sie für die Eliten der meisten komplexen Gesellschaften, in verschiedensten Epochen und Regionen der Welt. Der Historiker Walter Scheidel schreibt etwa, das Römische Reich mit dem Kaiserreich der Han-Dynastie vergleichend: „Rom wurde als ein Reich des Eigentums bezeichnet, in dem Reichtum vor allem durch den Erwerb von Grund und Boden geschaffen wurde, während der chinesische Reichtum eher aus dem Besitz von Ämtern als aus privaten Investitionen resultierte. Dieser Gegensatz scheint übertrieben: In beiden Umfeldern war politische Macht eine entscheidende Quelle für Einkommen und Vermögen, die untrennbar mit Wirtschaftstätigkeit verwoben war und die materielle Ungleichheit stark beeinflusste.“⁶

Auch Marcus Licinius Crassus, der als der reichste Mann des Römischen Reichs und einer der ersten Immobilienspekulanten im antiken Rom galt, war gleichermaßen Staats- wie Geschäftsmann. Er war ein Teil des ersten Triumvirats und der politischen Elite; er war es, der den Sklavenaufstand von Spartakus niederschlug und einen Feldzug gegen das Perserreich führte. So schrieb auch Plutarch über Crassus, dass dieser „keinen Menschen für reich hielt, der nicht von seinem Vermögen eine Armee erhalten könne“⁷.

Über weite Teile der Menschheitsgeschichte waren Vermögen und Überreichtum nur in diesem Nexus von politischer Macht, Gewalt und materiellem Wohlstand zu verstehen. Solche Herrschaftssysteme sind auch nur bedingt mit dem neuzeitlichen Konzept der Kleptokratie gleichzusetzen, in der die Staatsgeschäfte hauptsächlich ein Vehikel zur persönlichen Bereicherung der Machthaber:innen darstellen.⁸ In der Sichtweise des ursprünglichen Vermögen-Macht-Gewalt-Nexus diente die Vermögensakkumulation dagegen neben der (dynastischen) materiellen Absicherung in erster Linie als Mittel zum weiteren Machtaufbau. Max Weber drückt dies folgendermaßen aus: „Der Kriegsheld und seine Gefolgschaft suchen Beute,

⁶ Scheidel, W. (2016), *Empires of inequality: ancient China and Rome*.

⁷ Plutarchus, P. (1778), *Biographien des Plutarchs* 5, S. 88.

⁸ Acemoglu, D., Verdier, T., et al. (2004), *Kleptocracy and divide-and-rule: A model of personal rule*.

der plebiszitäre Herrscher oder charismatische Parteiführer materielle Mittel ihrer Macht, der erstere außerdem: materiellen Glanz seiner Herrschaft zur Festigung seines Herrenprestiges. Was sie alle verschmähen – solange der genuin charismatische Typus besteht – ist: die traditionale oder rationale Alltagswirtschaft, die Erzielung von regulären 'Einnahmen' durch eine darauf gerichtete kontinuierliche wirtschaftliche Tätigkeit.“⁹

Erst durch das Aufkommen des Bankenwesens im Hoch- und Spätmittelalter löste sich – in Europa – diese Verquickung von materiellem Vermögen, politischer Macht und militärischer Gewalt nach und nach auf. Die ersten Bankiersfamilien der italienischen Stadtstaaten vergaben Kredite unter anderem an englische Monarch:innen – was in der Folge zu ihrem Ruin führen sollte.¹⁰ In Deutschland finanzierten die Augsburger Großkaufleute der Fugger und Welser die kriegerischen Unternehmungen Kaiser Karls V. Im Gegenzug bekamen sie Nutzungsrechte für europäische Gold- und Silberminen, Handelsmonopole und Kolonialgebiete in Südamerika verbriefte.

Diese frühkapitalistischen Unternehmungen bedeuten in mehrfacher Hinsicht den Beginn einer Zeitenwende. Zum einen wurde es – erstmals in der europäischen Geschichte – möglich, auch über Generationen hinweg durch Handels- und Finanzgeschäfte zu Wohlstand zu kommen.¹¹ Gleichzeitig entsteht hier eine Dichotomie, deren Gültigkeit bis in die heutige Zeit als gegeben angenommen wird: die Trennung zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht. Die Kredite eines Jakob Fugger mögen vielleicht Söldnerheere des Kaisers finanzieren, dennoch keimt hier erstmals die implizite Anerkennung eines staatlichen Gewaltmonopols auf. Die Welser bekommen zwar „Neu-Venedig“ in Venezuela als Leihgabe, die Kolonie ist jedoch nur ein Vehikel zur Profitsteigerung durch Handel und Rohstoffabbau, kein Selbstzweck und keine Machtbasis für weiterführende politische Ambitionen.

Ein Vierteljahrtausend später war die Trennung der einst untrennbaren ökonomischen und politischen Sphären so weit vorangeschritten, dass Adam Smith feststellen konnte: „Reichtum ist Macht, wie Hobbes meint, doch jemand, der ein großes Vermögen erwirbt oder erbt, erlangt oder erbt damit nicht unbedingt auch irgendwelche politische Macht, sei es zivile, sei es militärische. Sein Vermögen mag ihm vielleicht die Mittel liefern, um beides zu erlangen, aber der bloße Besitz dieses Vermögens überträgt sie nicht zwangsläufig auf ihn. Was er an Macht sofort und unmittelbar erhält, ist eine gewisse Macht, kaufen zu können oder eine gewisse Verfügung über alle Arbeit oder alle Produkte aus Arbeit, die zu dieser Zeit auf dem Marke sind.“¹²

Während bei Smith immer noch ein Zusammenhang zwischen Vermögen und Macht und auch zur militärischen Gewalt besteht, ist dieser Zusammenhang nicht

⁹ Weber, M. (1922), *Wirtschaft und Gesellschaft*. <https://www.textlog.de/7415.html>

¹⁰ Wickham, C. (2016), *Medieval Europe*, S.136.

¹¹ Hägel, P. (2020), *Billionaires in World Politics*.

¹² Smith, A. (1999), *Der Wohlstand der Nationen*, S. 30.

mehr unmittelbar, sondern bedarf eines auslösenden Moments, der die „Mittel“, die das Vermögen liefert, dem Zweck der politischen Machtausübung zuführt. Gleichzeitig lässt sich hier eine Umkehrung der von Scheidel konstatierten Kausalität von politischer Macht zu materiellem Wohlstand beobachten. Bei Smith ist es das Vermögen, das gleichsam unabhängig von politischer Macht entsteht und schließlich, bei entsprechenden Machtgelüsten des oder der Wohlhabenden diese bedingen kann.

Diese Durchtrennung der Nabelschnur zwischen politischer und ökonomischer Macht spielte eine wesentliche Rolle im Geburtsprozess des modernen Staatswesens oder mit Max Weber, den Übergang von der patrimonialen zur rationalen Herrschaft. Natürlich war diese Transformation ein langwieriger, nonlinearer Prozess, der sich über Jahrhunderte erstreckte und von wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Revolutionen geprägt war.

Am Ende dieses Prozesses stehen jedoch Ideen, die im Selbstverständnis der meisten modernen Gesellschaften als grundlegend und universell akzeptiert werden. Damit sind nicht Menschenrechte oder liberal-rechtsstaatliche Theorien gemeint. Die Idee von getrennten wirtschaftlichen und machtpolitischen Sphären ist nicht nur in bürgerlichen Demokratien präsent. Sie gilt auch in Monarchien und Autokratien, soweit diese nicht gänzlich kleptokratische Strukturen aufweisen. Die chinesische Regierung geht mit äußerster Härte gegen Korruption ihrer Funktionär:innen vor. Unabhängig vom herrschenden politischen System akzeptiert werden jedoch das Gewaltmonopol des Staates und die Sicherheitspolitik als *domaine réservé* des Staates. Die axiomatische Natur dieser Paradigmen kann man schon aus der Bezeichnung *failed states* für Staaten, in denen sie nicht vorherrschen, herauslesen.

Diese Analyse beschreibt den Idealtypus einer Staats- und Herrschaftsform. Es wäre naiv, daraus zu folgern, dass Überreiche sich aus der politischen Sphäre heraushielten. Wirtschaftliche Eliten haben immer danach gestrebt, ihre materiellen Ressourcen einzusetzen, um politische Ziele zu erreichen.

Hier lohnt es sich, die Motive und die Effektivität dieser politischen Aktivitäten zu hinterfragen. Das vorrangigste Ziel für politische Einflussnahme war zweifelsohne die Vermögensverteidigung, also die institutionelle Absicherung der individuellen materiellen Vorteile. Es ist davon auszugehen, dass diese Ziele zumeist weitgehend erreicht wurden. John Stuart Mill etwa schrieb, dass die Verteilung von Vermögen im Gegensatz zu deren Entstehung keinen naturgemäßen Gesetzen unterliege: „That is a matter of human institution solely.“¹³ Er sah den Einfluss feudalistischer Strukturen in den englischen Erbschaftsgesetzen des 19. Jahrhunderts nachwirken, die zum Ziel hatten, große Landflächen zusammenzuhalten und

¹³ Mill, J. S. (1871), *Principles of political economy: with some of their applications to social philosophy*, S. 123.

somit ein Ungleichgewicht zwischen Landbesitzenden und Lohnarbeiter:innen zu perpetuieren.¹⁴ Heutzutage existiert ein ganzer Wirtschaftszweig zur Vermögensverteidigung, der für Gesetze lobbyiert, juristische Prozesse anstrengt, mithin sogar fadenscheinige wissenschaftliche Studien erstellt,¹⁵ um wirtschaftliche Interessen ihrer Financiers abzusichern.

Ein weiteres Motiv für (gesellschafts-)politisches Engagement von Überreichen ist das Streben nach gesteigertem Ansehen und Status. Diese Aktivitäten sind unter dem klassischen Bild der Philanthropie – mit Fokus auf Bildung, Gesundheit und die Künste – zu kategorisieren. Emblematisch dafür steht Andrew Carnegies (1835-1919) philanthropische Tätigkeit, die er gegen Ende seines Lebens zur Legitimierung seines Reichtums betrieb – mit wechselhaftem Erfolg. Seine volksbildnerischen Ambitionen setzte er durch, indem er 3.000 öffentliche Bibliotheken finanzierte. Dieses frühe Modell einer „Public-Private-Partnership“ trug wohl maßgeblich und nachhaltig zu seinem gesellschaftlichen Prestige bei, auch weil er paternalistische Ideale in der Architektur der öffentlichen Bibliotheken verankern konnte.¹⁶ Auf dem internationalen Parkett setzte sich Carnegie mit Stiftungen und architektonischen Spenden für den Weltfrieden ein. In dieser Domäne souveräner Nationalstaaten zeigten sich jedoch die Grenzen seiner politischen Handlungsfähigkeit. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zurückgezogen und desillusioniert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Bruch zwischen wirtschaftlicher und machtpolitischer Tätigkeit seit Anbeginn der Neuzeit zu so etwas wie einem konstituierenden Element des modernen Staatswesens geworden ist. Politische Interventionen von wirtschaftlichen Eliten dienten in erster Linie dem Erhalt und der Vermehrung ihres ökonomischen und sozialen Kapitals. Das Gewaltmonopol des Staates wurde innen- und außenpolitisch akzeptiert.

Es gibt Anzeichen, dass dieser bestehende Konsens in den letzten Jahrzehnten infolge multipler – teils parallel verlaufender, teils interdependenter – Entwicklungen erodiert.

Dass das rückgehende Verhältnis der Kapitalbestände zum Volkseinkommen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts keinem ökonomischen Gesetz unterliegt, sondern vielmehr eine durch zwei Weltkriege bedingte historische Ausnahmesituation war, hat Thomas Piketty eindrucksvoll belegt.¹⁷ Die seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts rapide anwachsende Vermögenskonzentration und die Erschließung globaler Absatzmärkte durch die jüngste Globalisierungswelle haben zu hohen individuellen Vermögen und damit zu einer nachhaltigen Verschiebung wirtschaftlicher Macht von Nationalstaaten hin zu Individuen geführt. Zusätzlich wird die demogra-

¹⁴ Jensen, H. E. (2001), John Stuart Mill's Theories of Wealth and Income Distribution.

¹⁵ Dunlap, R. E. and McCright, A. M. (2015), Challenging climate change.

¹⁶ van Slyck, A. A. (1991), The Utmost Amount of Effectiv [sic] Accommodation": Andrew Carnegie and the Reform of the American Library.

¹⁷ Piketty, T. (2014), Capital in the twenty-first century.

fische Entwicklung – fallende Geburtenraten und alternde Gesellschaften – in den meisten entwickelten Staaten diese Konzentration noch verstärken. Erbschaften werden für den Vermögensaufbau zunehmend wichtiger als Sparverhalten.

Dieses Umfeld hat zur Herausbildung einer globalen Gruppe von sogenannten „High Net Worth Individuals“ geführt, die, wie Peter Hägel in seinem Buch „Billionaires in World Politics“ darstellt, transnational agieren und ihrerseits nationale Souveränitäten beschränken.

Es zeigt sich, dass in den letzten Jahrzehnten eine zunehmende Anzahl von Überreichen nationale politische Ambitionen entwickelten. Selbstgemachte, also nicht geerbt habende Überreiche sind hierfür besonders anfällig. Der wirtschaftliche Erfolg dieser ehemaligen „Tellerwäscher:innen“ bedingt oft einen stark ausgeprägten Glauben an die eigene Wirkmacht (belief of self-efficacy), der sich auch auf andere Sphären des Lebens auswirkt.¹⁸ Im Folgenden soll exemplarisch argumentiert werden, dass für diese Gruppe oder Klasse von „High Net Worth Individuals“ der Begriff überreich gerechtfertigt, weil als drohender Rückschritt von einer rationalen zu einer patrimonialen Herrschaft zu verstehen ist.

Silvio Berlusconi war nicht der erste Milliardär, der in die Politik einstieg (wenige Jahre zuvor hatte sich etwa Ross Perot für die amerikanische Präsidentschaft beworben), aber seine erfolgreichen politischen Kampagnen machten ihn mehrfach zum italienischen Premierminister und sind als richtungsweisend für spätere Milliardärsherrscher zu sehen. Berlusconis Programm bestand aus einem weitgehend ideologiefreien Populismus und zielte nicht nur darauf, sein Vermögen, sondern auch die politische Macht abzusichern. Mithilfe der von ihm kontrollierten privaten und öffentlichen Medienunternehmen konnte er die öffentliche Meinung gezielt zu diesem Zwecke beeinflussen. Die Rolle von Massenmedien in diesem neuen Komplex von Vermögen und politischer Macht verdient gesonderte Beachtung, die hier nicht vollumfänglich gewährt werden kann. Exemplarisch sei hier auf die Rolle von US-Milliardär Sheldon Adelsons Unterstützung Benjamin Netanyahus durch seine israelische Gratiszeitung *Israel Hayom*,¹⁹ die Berichterstattung von Fox News über Donald Trump,²⁰ und die Medienunternehmen von Andrej Babiš hingewiesen.

Sowohl Berlusconis als auch Trumps Regierungszeit waren von einer Erosion rechtsstaatlicher Normen begleitet. Beide nahmen zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht besonders die Judikative in Beschuss. Trumps Legislatur endete mit Angriffen auf das Wahlrecht – die „große Lüge“ –, der Herausbildung von Milizen wie den „Proud Boys“, dem Heraufbeschwören des Gespenstes vom Bürgerkrieg und dem Versuch eines gewaltsamen Umsturzes. Nach vier Jahren Präsidentschaft eines Überreichen stand das Gewaltmonopol des Staates plötzlich auf dem Prüfstand.

¹⁸ Hägel, P. (2020), *Billionaires in World Politics*.

¹⁹ Hägel, P. (2020), *Billionaires in World Politics*.

²⁰ <https://www.nytimes.com/2022/02/05/business/media/trump-fox-news.html>

Nicht nur innenpolitisch zeigen die Überreichen ihre politische Handlungsfähigkeit. Mit materiellen Ressourcen, die mit der wirtschaftlichen Handlungsmacht von Nationalstaaten konkurrieren können, vermögen sie es, transnational zu agieren und globale Politik aktiv mitzugestalten.

Zwischen 2008 und 2018 wurden zehn bis 15 Prozent des Jahresbudgets der WHO von der Bill and Melinda Gates Foundation (BMGF) finanziert. Von den WHO-Mitgliedern, allesamt souveräne Nationalstaaten, leisteten alleine die USA und – in zwei der zehn Jahre – das Vereinigte Königreich einen höheren Beitrag als diese private Stiftung. Der überwiegende Anteil der Finanzierung war im Einklang mit den Zielen der BMGF zweckgebunden. „In summing up, it is tempting to declare Bill Gates the unofficial minister of global health.“²¹

Im August 2023 sorgte der angekündigte Rückzug von George Soros' Open Society Foundation (OSF) aus Europa für Alarmstimmung im Magazin *Politico*.²² Nachdem „keine andere Stiftung mehr unternommen hat, um die europäische Zivilgesellschaft aufzubauen und zu unterstützen“, stellte sich für das Magazin die Frage, ob die OSF angesichts ihrer „quasi-monopolistischen Stellung“ in der Finanzierung europäischer NGOs nicht die moralische Verpflichtung habe, diese Projekte weiterhin zu unterstützen. Die öffentliche Finanzierung durch EU-Förderungen unterläge politischen Unsicherheiten. Der dynastische Erbe und Vorsitzende der OSF, Alex Soros, sah sich daraufhin genötigt, einen Artikel in *Politico* zu veröffentlichen, in dem er versicherte, dass die geplante Restrukturierung der OSF keinen vollständigen Rückzug aus Europa bedeute.²³

Diese Form von Public-Private-Partnerships, in denen der Staat fundamentale öffentliche Aufgaben an Private abtritt, beschränkt sich nicht nur auf klassische Felder der Philanthropie wie öffentliche Gesundheit und zivilpolitisches Engagement. Die Aktivitäten der NASA, einst Aushängeschild im Wettlauf der nationalstaatlichen Supermächte ins All, werden zunehmend an Elon Musks Unternehmen SpaceX ausgelagert. SpaceX beliefert die internationale Raumstation und bringt Astronaut:innen ins All. Auch der Entwurf und die Installation von militärischen Satelliten im erdnahen Orbit wird von SpaceX übernommen. Das Satellitensystem Starlink wird nicht nur für ziviles Internet, sondern auch von der ukrainischen Armee zur Kommunikation an der Front genutzt. Im Oktober 2022 beschränkte Elon Musk unangekündigt den Zugang zu Starlink, um die amerikanische Regierung zur Übernahme der Kosten zu zwingen. Gleichzeitig propagierte er öffentlich Friedenspläne, die er nach persönlichen Gesprächen mit Vladimir Putin erarbeitet hatte. Ungenannte Mitarbeiter:innen des Pentagons gaben zu, dass sie in Sachen Starlink Elon Musks Willkür unterworfen waren. „That sucks.“²⁴

²¹ Hägel, P. (2020), *Billionaires in World Politics*. S.212.

²² <https://www.politico.eu/article/preparing-for-a-post-soros-europe/>

²³ <https://www.politico.eu/article/no-soros-retreat-from-europe/>

²⁴ <https://www.newyorker.com/magazine/2023/08/28/elon-musks-shadow-rule>

So wie am Beispiel Donald Trump im neuen Vermögen-Macht-Komplex das Gewaltmonopol infrage gestellt wurde, so ist bei Elon Musk nun die Sicherheitspolitik nicht mehr die uneingeschränkte *domaine réservé* des souveränen Staates. Sind diese Episoden als potenzielle Tragödien zu sehen, so ist das folgende, letzte Beispiel eher in der Kategorie Farce, die dennoch Einblicke in das neue Weltbild der Überreichen gewährt, einzuordnen.

Sam Bankman-Fried war Gründer und CEO der implodierten Kryptowährungsplattform FTX und Anhänger der Schule des sogenannten Effektiven Altruismus. Effektiver Altruismus verbindet Philanthropie mit rationalistischen und utilitaristischen Ideen, die das erzielte Ausmaß an Wohltätigkeit maximieren sollen. Im Zentrum des Gründungsmythos von FTX steht ein Mittagessen, das Bankman-Fried mit dem Oxford-Philosophieprofessor William McAskill, einem der führenden Vertreter des Effektiven Altruismus, geführt haben soll. McAskill habe Bankman-Fried davon überzeugt, dass der effektivste Weg zur Wohltätigkeit sei, eine lukrative Karriere einzuschlagen, um das verdiente Geld dann zu spenden.²⁵ In dieser Logik wird die Philanthropie vom Feigenblatt, das vom verpönten Reichtum ablenken oder diesen rechtfertigen soll, zum eigentlichen Zweck des Strebens nach Reichtum umgedeutet. Vermögensaufbau wird zum reinen Mittel degradiert, dessen Zustandekommen durch die Verheißung auf maximale Wohlfahrt geheiligt wird.

Im Zuge des Gerichtsverfahrens nach dem Untergang von FTX wurden interne Memos veröffentlicht, in denen das Unternehmen plant, den Inselstaat Nauru zu erwerben. Vorrangiges Ziel war es, einen Bunker zu errichten, der im Fall einer globalen Katastrophe, die „50-99,99%“ der Menschheit auslöscht, das Überleben der meisten effektiven Altruist:innen sicherstellen sollte. Neben weiteren Plänen für „vernünftige“ Regulierungen zur Humangenetik heißt es lapidar: „Probably there are other things it's useful to do with a sovereign country, too.“²⁶

Der Historiker Chris Wickham schreibt, dass im Europa des frühen Mittelalters ein gradueller Übergang von einem römischen steuerbasierten zu einem land-, also vermögensbasierten System stattfand.²⁷ Die Funktionen des Staates, etwa Verwaltung, Investitionen in Infrastruktur oder der Erhalt eines ständigen Heeres, wurden mangels effektiver Besteuerung an lokale Machthaber:innen ausgelagert, die dem Staatsoberhaupt nicht tribut-, sondern vielmehr treuepflichtig waren, ihn also im Kriegsfall mit einem eigenen Heer unterstützen mussten. Daraus entwickelte sich die mittelalterliche Form des Lehensfeudalismus.

Die Politik einer feudalistischen Zeit ist geprägt von dynastischer Erbfolge, (teils vertraglich geregelten) persönlichen Beziehungen unter den Mächtigen und laut

²⁵ <https://www.vox.com/future-perfect/23458282/effective-altruism-sam-bankman-fried-ftx-crypto-ethics>

²⁶ <https://www.theguardian.com/business/2023/jul/21/sam-bankman-fried-nauru-bunker-ftx>

²⁷ Wickham, C. (2016), *Medieval Europe*.

Max Weber „die Appropriation von Herrengewalten und Herrenrechten“, die das Recht auf wirtschaftliche Erträge und (gerichtliche und militärische) Befehlsgewalt über ganze Landstriche beinhalten.

Die Klammer, die mit dem Ende des Feudalismus und der Genese moderner, „rationaler“ Staatsformen aufging, droht sich wieder zu schließen. Die dokumentierten politischen Ambitionen der Überreichen bedeuten eine neue Zeitenwende und schwächen die Handlungsmacht souveräner Staaten. Die Trennlinie zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht wird verwischt, Gewalt nicht länger als exklusives Tätigkeitsfeld des Staates akzeptiert. Der Feudalismus war nicht nur im Europa des Mittelalters die gängige Herrschaftsform, imperiale und feudale Strukturen wechselten sich in Regelmäßigkeit ab. Geschichte ist kein linearer Prozess; sie wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich. Die Linie, die das „Über-“, im Wort Überreichtum andeutet, ist dort zu suchen, wo die Trennlinie zwischen Vermögen, Macht und Gewalt verläuft. Wer sie überschreitet, ist überreich.

DAS SPIEL DES LEBENS

Nicole Osimk

Aufgeregt tapse ich mit einer großen blauen Schachtel in den Händen die Stufen hinab.

Schritt für Schritt von meinem Zimmer in unser Wohnzimmer.

Nähert sich die Schachtel mit dem Regenbogen.

Nähert sich unsere Zeit im Spiel des Lebens.

Ich stelle die Schachtel vor uns ab.

Ich bin aufgeregt wie immer.

Wir falten gemeinsam das Brett auf und streichen es glatt.

Dann mische ich die Spielkarten.

Und verteile sie, wie es die Regeln sagen.

Gelb wie immer, fragst du.

Gelb wie immer, sage ich.

Du reichst mir ein gelbes Auto.

Und einen Berg aus Geld.

Unser Berg muss gleich hoch sein, sagen die Regeln.

Wir machen den Vergleich und setzen unsere Berge nebeneinander.

Fast so hoch wie der Wienerberg, sagst du.

Darüber lachen wir immer.

Wir sind bereit, jetzt geht es los.

Doch wo?

Es gibt kein Startfeld für alle, wie bei anderen Spielen.

Gleich zu Beginn muss ich mich entscheiden:

Möchte ich ein Studium machen?

Ein guter Beruf steht mir in Aussicht, sagen die Regeln.

Zum Beispiel, Arzt zu werden.

Ein weißer, grinsender Mann auf den Spielkarten, den ich noch aus der letzten Spielrunde vor mir sehe.

Das macht schon meinem neunjährigen Ich Eindruck.

Er sieht glücklich aus mit seinem Beruf.

Ich habe euch nie so strahlen sehen, wenn ihr von der Arbeit gesprochen habt.

Wenn Mama mich von der Nachmittagsbetreuung aus der Volksschule abgeholt hat.

Als ich als Letzte kopfüber vom Klettergerüst hing, hat sie das kurz zum Lachen gebracht.

Studieren hat einen Nachteil, sagen die Regeln.
Ich starte gleich mit Schulden ins Spiel.
Schulden heißt Minus am Konto, sagst du.
Du gibst mir zwei Karten mit der Aufschrift Schulden.
Was das genau bedeutet, verstehe ich nicht.
Ich weiß nur: Minus am Konto macht Sorgen.
Das sehe ich in euren Gesichtern.

Dann vielleicht doch gleich ein ehrlicher Beruf, sagst du.
Mit fixem Einkommen und Arbeit, die immer gebraucht wird.
Zum Beispiel: Verkäufer.
Deine sichere Basis.

Ich muss mich jetzt entscheiden.
Es steht mir frei.
Die Entscheidung fühlt sich leicht an.
Denn du bist und bleibst bei mir.
Ich bin neugierig und wähle die Unbekannte.
Es klingt so aufregend: Das Studium.
Dann drehe ich für heute zum ersten Mal am Glücksrad.

Ich fahre mit meinem kleinen gelben Auto ein paar Felder voran.
Bald ist meine Zeit im Studium zu Ende.
Ich bin jetzt ein glücklich lächelnder Arzt.
Ich habe immer noch hohe Schulden.
Doch die Zahl auf der Karte mit der Aufschrift Lohn ist höher.
Lohn ist das Geld, was du für deine Arbeit bekommst, sagst du.
Eure Berufe müssen sich lohnen, denke ich.
Schließlich arbeitet ihr so viel.

Noch bin ich eine einzelne, rosa Steckfigur.
Dann muss ich mich plötzlich einbremsen.
Auf dem roten Feld steht: Stopp! Du schließt eine Ehe.
Eine blaue Steckfigur gesellt sich in mein Auto.
Sie hat keinen Namen, sie hat kein Gesicht.
Ich bin jetzt verheiratet, steht auf einer neuen Spielkarte.
Das gehört sich so, sagst du.
Diese blaue Steckfigur gehört nun also zu meinem Leben.
Immerhin bekomme ich dafür Geld aus der Bank.

Mein neunjähriges Ich fährt aufgeregt weiter.
Gleich muss ich wieder bremsen: Stopp! Du kaufst ein Haus.

Meine Schulden sind jetzt viermal so hoch.
Das erkenne ich aber nur an den acht Karten mit der Aufschrift Schulden,
die jetzt vor mir liegen.
Es fühlt sich alles richtig an, die Regeln sagen es so.
Nichts von meinen Schulden hat die Schwere eurer Schulden, wenn ihr
ihretwegen streitet.

Das Glücksrad dreht sich, wir ziehen weiter.
Wir entwickeln ein unterschiedliches Tempo.
Wir entwickeln ein unterschiedliches Leben.

Während ich in meiner Suite und einer weiteren Steckfigur im Babysitz lebe und
die Felder mit dem Namen Zahltag meinen Geldberg vor mir wachsen lassen.
Wohnst du gemeinsam mit einer rosa Steckfigur und Zwillingen in einer Miet-
wohnung am Rande der Stadt.
Dein Geldberg ist trotzdem kleiner.

Während du auf deiner Reise nicht weißt, was dich im Ziel erwartet und ob dich
ein Ziel erwartet.
Ist das Ziel für mich ganz klar in Sicht.
Ich bin einfach schneller als du.
Ich bin einfach reicher als du.
Ich schmücke mich auf den letzten Metern noch mit den schönsten Karten mit
der Aufschrift Statussymbol.
Reich sein heißt also nicht nur einen Berg Geld zu heben, merke ich.
Reich sein heißt auch, einen Stall voller Rennpferde zu haben.
Oder ein großes Schiff oder ein buntes, großes Bild mit Goldrahmen.
Für meinen Traum vom Reiten hat uns immer das Geld und das Auto gefehlt.
Ich bin gerne reich.

Ich erreiche das Ziel vor dir und bekomme dafür noch mehr Geld.
Ich vergrabe meine kleinen Hände in dem Geldberg.
Für kurze Zeit kann ich sie nicht sehen.
Das Papier beginnt auf meiner Haut zu jucken.
Ich ziehe meine Hände hinaus, ein paar Scheine fallen zu Boden.
Was für ein Spiel mit dem Papier.
Trotzdem gewonnen, rufe ich dir über den Tisch zu.
Ich stelle mein Auto stolz im Ziel mit dem Namen Herrschaftliche Villa ab.
Ich habe das Spiel des Lebens gewonnen.
Für einen Moment genieße ich den Sieg in meiner Villa, über die ich nun herrsche.
Für einen Moment bin ich überreich.

Wie immer bist du kein guter Verlierer.
Du siehst mich nur an, du sagst nicht viel.
Nach einem letzten Blick auf deinen Geldberg murmelst du zaghaft:
Gut gespielt. Glück gehabt.
Dann räumen wir langsam die Spielkarten weg.
Danach die Spielsteine.
Zum Schluss das Spielgeld.
Auf das Sortierte legen wir das gefaltete Brett.
Ich reiche dir den Deckel, du schließt langsam den Karton.
Unsere Zeit im Spiel des Lebens ist für heute zu Ende.
Das echte Leben geht weiter.

20 Jahre später denke ich an unser Spiel.
Ich erkannte früh, dass etwas nicht stimmte.
Im Spiel oder in meinem Leben.
Da war ich mir nicht sicher.

Aber ganz sicher war etwas falsch.
Mir fehlten die Worte, um das, was ich sah, zu benennen.
Mir fehlten die Worte, um das, was ich erlebte, zu teilen.
Die Scham stand mir ebenso als Stoppschild im Weg.

Meine Eindrücke verstärkten sich, als ich ins Gymnasium kam.
Viele meiner Mitschüler*innen lebten tatsächlich wie im Spiel des Lebens.
Ihre Eltern fuhren sie überall mit dem Auto hin.
Jeden Tag zur Schule, zum Tennis, zum Klavierunterricht.
Jedes Jahr in den Sommerferien in einen anderen Urlaubsort.
Jedes Wochenende Ferien am Pool im Garten.
Das eigene Pferd oder der eigene Hund waren Teil dieser Familien.
Manchmal bekam ich einen Platz am Rücksitz in den Autos dieser Eltern.
Es waren bekannte Gefühle:
Ich fühlte mich überreich.
Ich fühlte auch, dass meine Welt von dieser Welt getrennt ist.
Ich war nur eine Steckfigur im Spiel des Lebens der anderen.
Ich passte mich an und spielte das Spiel mit.
Ich lernte ihre Regeln.
Ich genoss es die meiste Zeit.
Bis auf die Momente, an denen meine Mitschülerinnen zu Gast in meinem echten Zuhause waren.
Dann waren da Scham und die Angst, dass es auffällt.
Wie wenig mein Leben mit ihrem Leben zu tun hat.
Wie wenig mein Leben bietet.

Je älter ich wurde, umso komplizierter wurde es.
Mein Berg an Sorgen wuchs und wuchs.
Wie mein Neid auf ihr Spiel durchs Leben.
Ich wurde noch sprachloser.
Ich war immer ein ruhiges Kind, sagt Mama.
Innerlich tobte oft der Sturm.

Das Spiel des Lebens setzt auf Glück.
Das echte Leben auch.
Du hattest wenig davon.
Deshalb warst du nicht unglücklich.
Es war nur alles anstrengender.
Es war lauter, kraftvoller.
Es war gewaltvoller.
Was du auf deiner Fahrt erlebt hast.
Was wir mit dir zu Hause erlebt haben.
Diese Schwere kam auf den Spielkarten nicht vor.
Die Leichtigkeit unserer Reise am Spielbrett fehlte uns im Alltag.
Das hat dich unglücklich gemacht.
Das hat dich chronisch krank gemacht.
Unser gemeinsames Glück war von Anfang an begrenzt.

Ich sprach nicht mehr.
Ich lebte angepasst und spielte eine Nebenrolle in meinem eigenen Leben.
Ich war eine Steckfigur.
Das Leben zog an mir vorbei.

Heute bin ich nicht mehr sprachlos.
Es war ein langer Weg dorthin.
Viele Felder vor, viele Felder zurück.
Ich suche und finde immer noch.
Ich hinterfrage und erkenne jeden Tag.
Die Spielregeln, die dein Leben bestimmten und mein Leben weiter prägen.

Regeln sind nicht einfach so.
Regeln sind so, weil sie bestimmte Menschen bestimmt haben.
Regeln gelten dann für bestimmte Menschen nicht.
Ihre Privilegien sind ihre Joker Karten.

Wer Geld hat, gewinnt.
Das Selbstbewusstsein steigt.

Von einer Generation zur nächsten wächst es.
Bis zur Selbstverständlichkeit des Seins.
Wer sein Leben nach diesem Gewinn ausrichtet, zählt zu den Gewinner*innen.

Wer Geld hat, gewinnt noch mehr Geld.
Noch mehr Freiheit im Handeln.
Noch mehr Freiheit im Denken.
Noch mehr Schutz.
Noch mehr Privilegien.

Privilegien schützen vor Politik, sagt Edouard Louis.
In Österreich schützen Privilegien nicht nur.
Sie machen Personen vor Politik unsichtbar.
Das Reich der Reichen hat unsichtbare Mauern.
Ihr Einfluss reicht weit und schreckt ab.

Privilegierte dürfen urteilen und verurteilen.
Sie definieren, wer Rechte, Pflichten und Zugang hat.
Sie definieren, wer wo dazugehört und nicht dazugehört.
Sie definieren, wer sich schämen muss.
Sie selbst schämen sich nicht dafür.

Der Versuch, sich an ihre Regeln zu halten.
Der Versuch, sich anzupassen.
Viel zu leisten und wenig zu gewinnen.
Das ist unsere Rolle in ihrem Spiel.
Das ist unser Leben.

Wir halten ihr Spiel aufrecht.
Weil unser Gewinn so gering ist, bleiben wir abhängig davon.
Wir erkennen und benennen.
Wir verändern uns.
Sie verändern nicht die Regeln.
Sie genießen das Spiel.

Wir sind keine guten Verlierer, sagen sie.
Wir sind zu laut, zu radikal, zu leistungs-schwach.
Dabei haben wir gerade erst begonnen, unsere Hände unter das Spielbrett zu schieben, um es dann in einem Moment der Überraschung in die Luft fliegen zu lassen.
So machen das schlechte Verlierer*innen.
Wir haben genug verloren.

Dann räumen wir langsam die Spielkarten weg.

Danach die Spielsteine.

Zum Schluss das Spielgeld.

Auf das Sortierte legen wir das gefaltete Brett.

Jemand reicht den Deckel, du schließt langsam den Karton.

Unsere Zeit im Spiel des Lebens ist zu Ende.

FEHLWAHRNEHMUNGEN VON „ÜBERREICHTUM“

Daniel Mayerhoffer, Jan Schulz, Daria Tisch

EINLEITUNG ¹

Im komplexen Gewebe globaler Gesellschaften scheinen die Fäden besonders verworren, die Reichtum und seine Verteilung repräsentieren. Gleichzeitig sind sie potenziell die entscheidenden roten Fäden, sowohl indem sie die Form des Gewebes bedeutend prägen als auch, weil ihr Entknoten besonders aufschlussreich zu sein verspricht. Denn es fällt auf, dass viele Maßnahmen, die übermäßigen Reichtum begrenzen könnten, kaum umgesetzt werden, obschon die Superreichen nur einen winzigen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen und alle anderen von solchen Maßnahmen profitieren würden. Warum besteht diese scheinbare Inkongruenz?

Eine mögliche Brücke könnte die Fehlwahrnehmungen von Reichtum und Überreichtum bilden. Solche Fehlwahrnehmungen lassen sich beständig im Zeitverlauf über die Grenzen von Staaten mit ihren Wohlfahrtssystemen und sozioökonomischen Besonderheiten sowie in allen Klassen beobachten. Ja, sogar die Superreichen selbst sind wahrscheinlich von ihnen betroffen.

Obwohl empirische Beobachtung das Vorhandensein von Fehlwahrnehmungen und ihre Schwere belegen, sind sie im öffentlichen Diskurs nicht prominent und auch die Forschung widmet sich ihnen bislang kaum. Dabei handelt es sich nicht nur um abstrakte Irrtümer, sondern um Fehleinschätzungen mit unmittelbaren Folgen für politische Präferenzen und Einstellungen zur Umverteilung von Vermögen. Dadurch haben sie wiederum Einfluss auf die Politikgestaltung, die Grundstruktur der Institutionen und damit auf die tatsächlichen Konturen der Vermögensungleichheit selbst (Choi, 2019).

Konkret tun sich viele sehr schwer damit, ihre eigene finanzielle Situation im Vergleich zu ihren Mitmenschen richtig einzuschätzen und unterschätzen auch die wirtschaftliche Ungleichheit innerhalb ihrer Gesellschaft sehr deutlich. Der erste Effekt heißt Middle-Class-Bias, weil die meisten Menschen sich selbst tendenziell in der Mitte der Vermögensverteilung einschätzen, also wenig Wohlhabende ihre eigene Position überschätzen, während Reiche sie unterschätzen. Beim zweiten Effekt weitet sich der Blick über die eigene Situation hinaus, aber ihnen fehlt das Verständnis für die Dimension von Vermögensunterschieden. Darüber hinaus erkennen sie auch Veränderungen im Wohlstandsgefüge nicht, sodass eine Vergrößerung von Ungleichheit im öffentlichen Bewusstsein kaum eine Rolle spielt.

¹ Die Erstellung dieses Essays wurde gefördert durch das Data Science Centre der Universiteit van Amsterdam.

Dieser Essay will das Zusammenspiel möglicher Ursachen dieser Fehlwahrnehmungen von (übermäßigem) Reichtum erschließen. Dabei betrachtet er sowohl individuelle kognitive Prozesse, den medialen und kommunikativen Kontext als auch die normative (Selbst-)Reflexion. Zudem möchte er erörtern, welche Folgen die Fehlwahrnehmungen konkret für die Überwindung von übermäßigem Reichtum haben. Wir hoffen, dass wir durch die Verbesserung unseres Verständnisses einen transformativen Diskurs über die Verteilung des globalen und nationalen Wohlstands anstoßen können. Denn gerade dieser Diskurs scheint durch die weitverbreiteten Fehlwahrnehmungen deutlich erschwert.

WIE KOMMT ES ZU FEHLWAHRNEHMUNGEN?

Dass Bürger:innen ihre Interessen mit Blick auf Vermögensungleichheit nicht angemessen artikulieren und infolgedessen unzureichend vertreten sehen, liegt nicht notwendig an deren Desinteresse und inhärenten Unfähigkeit, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen. Stattdessen deutet die Omnipräsenz der Fehlwahrnehmungen von Reichtum auf tief verwurzelte Mechanismen innerhalb des Reichtum-Ungleichheit-Nexus hin. In ihrem Zusammenspiel führen sie dazu, dass den Einzelnen verlässliche Informationen zu Überreichtum fehlen und damit ihr Überblick über die Vermögensverteilung insgesamt im Nebel bleibt.

Soziale Segregation

Ein wesentlicher Faktor für die Verzerrung von Ungleichheitswahrnehmungen ist soziale Segregation. Am Arbeitsplatz, in der Schule oder in der Uni, in der Straßenbahn oder im Supermarkt entstehen selten klassenübergreifende Kontakte. Dazu trägt auch die soziale Norm bei, nicht „über Geld“, also nicht über das eigene Einkommen und schon gar nicht das eigene Vermögen zu sprechen. Die extreme Schiefe empirischer Einkommens- und Vermögensverteilung in Kombination mit sozioökonomischer Segregation lässt sich praktisch jede:n als Teil der Mittelschicht wännen (Schulz et al. 2022). Kein Wunder also, dass alle Parteien quer über das politische Spektrum für sich in Anspruch nehmen, „die einzige Partei für die Mittelschicht zu sein“, wie 2017 die SPÖ für sich warb. Das sorgt nicht nur dafür, dass die existierende Ungleichheit massiv unterschätzt wird, sie verschleiert auch den eigentlichen Widerspruch zwischen Arm und Reich, indem sie real existierende Unterschiede im Vermögen nivelliert. Wie Marx hellichtig feststellt, verunmöglicht es so ein „nur lokaler Zusammenhang“ auf Basis von Segregation ohne gemeinsames Bewusstsein für die ausgebeuteten Klassen „ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen“ (MEW 8, S. 198). Wer sich selbst den Reichen näher fühlt, als sie:er es eigentlich ist, wird viel mehr Sympathie für ihre Anliegen haben - sie:er könnte es ja selbst dorthin schaffen.

Unvorstellbare Reichtumsdimensionen

Bei der kleinen Gruppe Superreichen ist dabei ein tatsächlicher zufälliger Alltagskontakt praktisch ausgeschlossen. Gleichzeitig sind die Größenordnungen von Vermögen kaum begreifbar. So besitzt der reichste Österreicher Mark Mateschitz gemäß Reichenliste von 2023 mehrere Male das Hunderttausendfache des Medianvermögens in Österreich. Für den menschlichen Verstand, der an natürlichen Phänomenen geschult ist, die allesamt einer sehr viel egalitäreren Gauß'schen Glockenkurve folgen, sind solche Unterschiede in der Größenordnung kaum überschaubar (Pfeffer und Dvir-Djerassi 2022). Wenn sowohl statistisches Material von ohnehin zweifelhafter Qualität wie auch Alltagserfahrungen als Informationskanäle ausfallen, hängt das öffentliche Bild von Superreichen und ihren Vermögensverhältnissen fast ausschließlich von medialer Berichterstattung ab.

Reichtum und Medien

Diese Berichterstattung scheint weitgehend unkritisch und positiv zu sein. So wird der Reichtum der Superreichen als produktives Vermögen dargestellt, das notwendig für eine prosperierende Marktwirtschaft sei (Waitkus und Wallaschek 2022). Die demokratietheoretischen Implikationen werden dabei genauso wenig diskutiert wie Fragen nach der Herkunft dieses Vermögens. Im deutschsprachigen Raum ist diese Auslassung problematisch, ist dort doch dynastischer Vermögensaufbau über viele Generationen von besonderer Bedeutung (Tisch und Ischinsky 2023). Nicht zuletzt profitierten unternehmerische Eliten auch aus denjenigen Familien vom Naziregime, „Arisierungen“ und Zwangsarbeit, die weiterhin in journalistischen Reichenlisten auftauchen (Waitkus und Wallaschek 2022, De Jong 2022). Kritischer Journalismus wäre also angebracht, scheint aber empirisch nicht die Regel zu sein. Es verwundert daher kaum, dass auch Maßnahmen gegen übermäßigen Reichtum, insbesondere in Form einer Vermögenssteuer, journalistisch wenig Zustimmung finden (Dammerer et al. 2023). Dieser Bias hat nicht nur mit der Besitzer:innenstruktur der großen Medien zu tun, die in Österreich bei wenigen wohlhabenden Familien konzentriert ist. Hier wirkt sozioökonomische Segregation auf nicht triviale Weise: Wenn die Lebenswelt der Superreichen isoliert von der übrigen Gesellschaft ist, bleiben auch für Journalist:innen die Superreichen selbst die einzige Quelle, um über Reichtum berichten zu können. Natürlicherweise haben die Reichsten als Quelle ein Interesse daran, ihre individuellen Leistungen überzubetonen und gleichzeitig die strukturellen Voraussetzungen und die glücklichen Zufälle in ihrem Leben herunterzuspielen (Kuusela 2022). Die Tendenz in der österreichischen Boulevard-Demokratie (Plasser und Seeber 2010) Berichterstattung zu personalisieren und damit zu entpolitisieren, tut ihr Übriges.

Positive Wahrnehmung von Überreichtum

Wo Menschen Reichtum wahrnehmen, tun sie das überdies teils positiv. Dies liegt zum ersten darin begründet, dass Menschen sich selbst Vorteile versprechen, die Superreiche erfahren. Zum zweiten überschätzen sie auch die positiven Auswirkungen von Handlungen der Superreichen. Der erste Grund besteht hierbei aus zwei Teilen: Zunächst steht die Selbstwahrnehmung des eigenen (potenziellen) Vermögens. Dabei überschätzen viele Menschen ihre relative Position in der Vermögenshierarchie und unterschätzen vor allem den Abstand zwischen ihren eigenen finanziellen Mitteln und der Spitze der Hierarchie (Schulz et al. 2022). Und selbst wenn sie sich bewusst sind, dass ihr aktuelles Vermögen diese Menschen nicht reich und schon gar nicht superreich macht, erhoffen sie sich dies für ihr künftiges Vermögen. Wenn die sozialen Aufstiegschancen höher sind, sinkt die Unterstützung für Umverteilung (Helmut & Siedler 2008). Paradoxerweise führt das dazu, dass in Gesellschaften, die als besonders chancengerecht wahrgenommen werden, tatsächliche Maßnahmen zur Herstellung der Chancengerechtigkeit weniger konsequent verfolgt werden.

Der zweite Teilaspekt, der wahrgenommene eigene Vorteile durch Privilegierung von übermäßigem Reichtum ausmacht, ist mittelbar. Dabei haben die Menschen Sorge, dass sie selbst beispielsweise unter höheren Vermögenssteuern leiden würden, weil die Reaktion Superreicher das wirtschaftliche Wachstum behindere (Lierse 2022). Auch hier spielt die mediale Rezeption wieder eine zentrale Rolle, denn die Sorge der Menschen entsteht nicht erst durch tatsächliche Erfahrung mit dem Verhalten Vermögender, sondern bereits im vorausgehenden Diskurs, in dem Sorgen von eigener mittelbarer Betroffenheit bewusst geschürt werden können. Bemerkenswert ist zudem, dass die Ursache der befürchteten Probleme im Kontext gesehen wird und nicht im Verhalten der Superreichen direkt. Insofern werden Superreiche nicht als Autor:innen ihrer (potenziellen) Handlungen gesehen, die einen negativen Einfluss auf das Gemeinwohl haben.

Umgekehrt wird ihnen eine solche Autor:innenschaft bei positiven Handlungen sehr wohl zuerkannt. Ein eindrückliches Beispiel hierfür ist philanthropisches Verhalten der Superreichen. Philanthropie bezieht sich auf das freiwillige Geben von Ressourcen, sei es Geld, Zeit oder Know-how, um soziale Zwecke zu unterstützen. Die Philanthropie wird häufig als ein Weg vorgeschlagen, um den negativen Auswirkungen von Reichtum entgegenzuwirken. Indem Wohlhabende Teile ihres Vermögens in gemeinnützige Projekte investieren, können sie zur Lösung sozialer Probleme beitragen und diejenigen unterstützen, die weniger privilegiert sind. Allerdings kann Philanthropie auch von dem Wunsch geprägt sein, den eigenen extremen Reichtum moralisch zu legitimieren (Schürz 2019, S. 126, McGoey & Thiel 2018). Zudem können wohlhabende Spender:innen durch ihre philanthropischen

Handlungen Macht und Einfluss über diejenigen ausüben, die von ihrer Großzügigkeit abhängig sind (Farrell 2021). Dies könnte die demokratischen Prozesse beeinträchtigen und zu einem ungleichen Verteilungssystem führen, in dem Reiche darüber entscheiden, welche sozialen Projekte unterstützt werden und welche nicht.

Übermäßiger Reichtum und meritokratisches Ideal

Philanthropie stellt also einen weiteren Rechtfertigungsgrund für übermäßigen Reichtum dar, indem sie Gründe liefert, warum die Superreichen ihres Vermögens moralisch würdig sind. Das ist wichtig, denn es hängt von der Wahrnehmung des Reichtums als legitim oder illegitim ab, ob politische Maßnahmen, die übermäßigen Reichtum begrenzen könnten, ergriffen werden. In diesem Zusammenhang wird oft der Begriff des „verdienten Reichtums“ als ein Faktor ins Spiel gebracht, der die Ansammlung von übermäßigem Reichtum rechtfertigen kann. Verdienter Reichtum bezieht sich auf die Idee, dass Personen aufgrund ihrer Bemühungen, Talente und Beiträge zur Gesellschaft einen Anspruch auf ihr Vermögen haben. So ist in den Medien oft von hart arbeitenden Unternehmer:innen zu lesen, die ihre Firmen erfolgreich wirtschaftlich haben wachsen lassen. Superreiche dienen diesem Argument zufolge als Vorbild für den Rest der Bevölkerung, der es auch schaffen könnte, wenn er es nur wirklich wolle und hart dafür arbeite (Schürz 2019, S. 130). Außer Acht gelassen wird hierbei allerdings, dass ein Großteil der Spitzenvermögen in Europa geerbt und nicht selbst erwirtschaftet wurde (Baselgia und Martínez 2022, Freund und Oliver 2016).

Dass harte Arbeit und individuelle Leistung Reichtum legitimieren, ist auf bestimmte gesellschaftliche Vorstellungen von Gerechtigkeit und Fairness zurückzuführen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Leistungsgedanke eine weitverbreitete Legitimationsinstanz darstellt. Der meritokratischen Idee zufolge sollen individuelle Leistungen und Beiträge honoriert werden, was im Umkehrschluss eine ungleiche Verteilung von Vermögen rechtfertigt. Die breite Akzeptanz von ökonomischer Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung erklärt sich aus der weitverbreiteten Überzeugung, dass Armut und Reichtum Ergebnisse eines fairen und leistungsorientierten Prozesses sind (Mijs 2001). Diesem Rechtfertigungsmuster ist jedoch leichter zu folgen, wenn wir von Einkommen sprechen. So rechtfertigen beispielsweise Spitzenverdiener ihre hohen Gehälter mit der Leistungsvergütung, einer zunehmend verbreiteten Praxis der Gehaltsfestsetzung, die sicherstellt, dass die Spitzeneinkommen proportional zur wirtschaftlichen Wertschöpfung für Aktionär:innen oder Investor:innen sind (Hecht 2022). Auch hier wird häufig vergessen, dass strukturelle Ungleichheit die Wahrscheinlichkeit, überhaupt eine Spitzenposition in der Wirtschaft zu erlangen, beeinflusst. Nicht jede:r hat von Anfang an die gleichen Chancen und Möglichkeiten, um die eigenen Fähigkeiten zu entfalten, was die Vorstellung von einem reinen merito-

kratischen Prinzip als Rechtfertigung von Reichtum infrage stellt. Bezogen auf Reichtum ist jedoch noch ein anderer Aspekt wichtig: Im Gegensatz zu Einkommen kann bei Vermögen hingegen oft nicht bestimmt werden, wer wie viel zum Aufbau des Reichtums beigetragen hat. Das fängt schon in der Familie an: Wenn ein Paar sich dafür entscheidet, dass ein Partner sich alleine auf die Erziehung der Kinder fokussiert, während der andere Partner das monatliche Einkommen sicherstellt, wem gehört dann in den Augen der Bevölkerung das Vermögen, das mit dem ersparten Einkommen aufgebaut werden kann (Tisch und Lersch 2021)? Eine ähnliche Frage kann man sich bei Spitzenvermögen stellen: Zu welchem Teil haben die Superreichen ihr Vermögen - selbst wenn es nicht geerbt ist - selbst erwirtschaftet und zu welchem Teil hängt ihre Vermögensakkumulation von der Mithilfe der Gesellschaft ab (van Parijs 1992)? Wenn das Vermögen aber sogar größtenteils direkt geerbt wurde, spiegelt Reichtum in keinem Falle das meritokratische Ideal wider (Beckert 2022).

Multifaktorielle Wahrnehmung von Reichtum

Zusammenfassend gibt es also eine Reihe an Gründen für die Fehlwahrnehmungen von übermäßigem Reichtum: Soziale Segregation verhindert häufig den alltäglichen Kontakt mit den Superreichen und lässt deren unvorstellbaren Reichtum für breite Teile der Bevölkerung abstrakt erscheinen. Deshalb fällt es schwer, die quantitative Dimension des Überreichtums zu begreifen und zu erkennen, wo quantitative Unterschiede qualitative Ungleichheit durch die Verschiebung von Macht bedeuten. Zugleich steht oftmals der Staat im Zentrum der Wahrnehmung problematischer Handlungen Superreicher statt ihnen selbst, die ihren Reichtum zudem oft mit ihren philanthropischen Bemühungen und Arbeitsplatzgarantien rechtfertigen.

Die Medien berichten dabei nicht umfassend über Reichtum und verzerren so das Phänomen des „Überreichtum“ (Schürz 2019). Denn durch die verzerrte Darstellung wird der Glaube an ein leistungsorientiertes Ideal aufrechterhalten, das, auch wenn es in der Praxis nicht vollständig verwirklicht wird, zur Rechtfertigung einer übermäßigen Anhäufung von Reichtum dient.

VERZERRTE WAHRNEHMUNGEN UND IHRE KONSEQUENZEN

Was nun sind die Konsequenzen der Fehlwahrnehmungen von Reichtum? Insgesamt birgt Überreichtum stets zumindest die Gefahr, wenn nicht notwendige Konsequenz eines Machtgefälles (Schürz 2019, S. 10). Diese Gefahr ist der politischen Philosophie nicht erst seit Marx bewusst. So bemerkt Rousseau (1755), dass die Schicht der Reichen derjenigen der Armen die Bedingungen politischer Übereinkünfte nach Belieben diktieren könne. Folgerichtig ist die Überwindung

von Privateigentum unabdinglich Voraussetzung und Bestandteil seines Gesellschaftsvertrags (Rousseau 1762, I.IX). Wenn nun aber Menschen nicht klar ersichtlich ist, wo sie im Vermögensgefüge stehen und wie stark Vermögen konzentriert sind, bleibt ihnen auch die entstandene Machtasymmetrie verborgen. Was man aber nicht sieht, das kann man selbstverständlich auch nicht für problematisch halten oder verändern wollen.

Verzerrtes Wahlverhalten

Ein konkretes Beispiel für die problematischen Folgen der verzerrten Wahrnehmungen zeigt sich im Wahlverhalten - nur wer Ungleichheit und die eigene ökonomische Position richtig einschätzt, kann auch gemäß dem eigenen ökonomischen Interesse wählen. Auch die im Wahlkampf präsentierten Narrative von Gerechtigkeit und Fairness lassen sich schlechter mit der Realität abgleichen, wenn der Erkenntniszugang zu dieser Realität versperrt ist. Wenig überraschend werden Umverteilungspräferenzen und Wahlentscheidungen viel stärker von der wahrgenommenen als der tatsächlichen Ungleichheit bestimmt (Choi 2019). Das gilt umso mehr für die Wahrnehmung von Klientelpolitik. Es ist eine Binsenweisheit, dass Politikmaßnahmen selten neutral sind und meistens Gewinner:innen und Verlierer:innen produzieren. Sind die Eigentumsverhältnisse aber derart intransparent wie in Österreich oder Deutschland, ist völlig unklar, wer genau von einer Steuersenkung oder Subvention profitiert – und Klientelpolitik kann nicht als solche erkannt und an der Wahlurne bestraft werden. Am deutlichsten zeigt sich dieses Problem in einem Beispiel außerhalb des deutschsprachigen Raums: Die massiv regressiven Steuersenkungen für Superreiche durch die Bush-Administration 2001 wurden auch deshalb von einer Mehrheit der US-Bevölkerung unterstützt, weil sie strategisch klug mit einer im Vergleich winzigen Steuererleichterung für den Rest der Bevölkerung kombiniert wurden (Bartels 2005).

Gegeben den eklatant verzerrten Wahrnehmungen praktisch aller Aspekte von übermäßigem Reichtum in der Bevölkerung wählen also signifikante Teile insbesondere der ärmeren Bevölkerung gegen ihr objektives Interesse - sofern sie denn überhaupt wählen, denn ärmere Menschen gehen viel seltener wählen. Das liegt zum einen daran, dass ärmeren Menschen weniger Ressourcen und Zeit für Information und politische Teilhabe zur Verfügung stehen, zum anderen aber auch daran, dass Ungleichheit ärmeren Wähler:innen signalisiert, dass ihre Stimme ohnehin nicht gehört wird (Schäfer und Schwandtner 2019). Ausgerechnet diejenigen, die am stärksten von Umverteilung profitieren würden, können sich dadurch am wenigsten am politischen Prozess beteiligen und tragen in einem selbstverstärkenden Prozess dazu bei, dass Reiche überproportional wahrgenommen und gehört werden. Tatsächlich werden in politischen Entscheidungen vor allem die Einstellungen der Reichen und Superreichen berücksichtigt, während die Einstel-

lungen des ärmeren Teils der Bevölkerung kaum Einfluss auf Politikmaßnahmen haben oder sogar im Durchschnitt gegen sie entschieden wird (Elsässer et al. 2017).

Verzerrte Selbstwahrnehmung von Politiker:innen

Vielleicht noch problematischer ist die Auswirkung von verzerrten Wahrnehmungen und Steuermythen auf die Angebotsseite der Politik – also darauf, welche Politikmaßnahmen überhaupt diskutiert und umgesetzt werden, wenn es progressive und linke Parteien an die Macht geschafft haben. Die Erbschaftssteuer wurde in Österreich unter einem SPÖ-Kanzler abgeschafft, in Deutschland war die SPD gar bei allen großen Steuersenkungen für die höchsten Einkommen und Vermögen der letzten beiden Jahrzehnte wie der Senkung des Spitzen(einkommens) steuersatzes 2001, die Senkung des Unternehmenssteuersatzes 2008 sowie der Erhöhung der Freibeträge und Ausnahmeregelungen bei der Erbschaftssteuer 2004, 2009 und 2016 an der Bundesregierung beteiligt. Gleichzeitig fallen in diese Legislaturperioden auch durchaus progressive wirtschaftspolitische Projekte wie die Einführung des Mindestlohns oder der Grundrente. Warum fällt also linken Parteien ausgerechnet die so zentrale Steuerpolitik so schwer?

Ein kürzlich erschienener Beitrag widmet sich genau diesem Thema – und macht die sehr erfolgreiche Rhetorik von „Wirtschaftskompetenz“ von konservativer Seite verantwortlich (Fastenrath et al. 2022). Alexander Petring wird dazu im gleichen Beitrag zitiert: „Die ganze Sache berührt ein echtes Problem der SPD, nämlich, wie wir mit der Frage von Wirtschaftskompetenz umgehen. Und der Vorwurf von konservativer Seite ist immer [...] mit diesem Vorschlag zerstört ihr unsere Wirtschaft.“ Und das hat handfeste Konsequenzen, wie ein:e anonyme:r SPD-Bundestagsabgeordnete:r darlegt: „Die Situation ist so: Wir müssen Leute überzeugen, dass sie in den Finanzausschuss gehen [...] und bei der CDU haben sie Wartelisten.“ Der Steuermythos, Vermögensbesteuerung führe unweigerlich zu Unternehmenspleiten und Rezession, bedingt, dass Linke in steuerpolitischen Fragen das Feld viel zu oft nur scheinbar wirtschaftskompetenten Konservativen überlassen. In der Tat scheint die empirische Evidenz zu Vermögensbesteuerung keine starken negativen (oder sogar teilweise positive) Effekte auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung nahelegen (Bjørneby et al. 2023, Guvenen et al. 2019). Gleichzeitig scheinen Wähler:innen eigentlich ein wesentlich progressiveres Steuersystem insbesondere am oberen Rand zu wünschen (Mathisen 2023).

Verzerrte Einstellungen zur Vermögenssteuer

Im dank Konsumsteuern kaum progressiven Steuersystem Deutschlands (Bach et al., 2016) könnte eine Vermögenssteuer beträchtlich zu erhöhter Progressivität beitragen (Saez und Zucman 2022), die auch von einer Mehrheit der Bevölkerung

unterstützt würde. Bis 1993 gab es ja auch in Österreich eine solche Steuer. Ängste gegenüber alarmistischen Szenarien mit Fakten abzubauen, könnte also die Akzeptanz in der Bevölkerung für konkrete Vermögensbesteuerung merklich erhöhen. Neben einer Vermögenssteuer, die private Vermögen über einen bestimmten Betrag fortlaufend beispielsweise jährlich besteuert, kann eine Erbschafts- und Schenkungssteuer zur Umverteilung von Vermögen beitragen. Attraktiv an dieser Art der Besteuerung ist, dass sie vollkommen im Einklang mit den weitverbreiteten meritokratischen Gedanken ist, da nur „unverdientes Vermögen“ (Beckert 2004) besteuert wird.

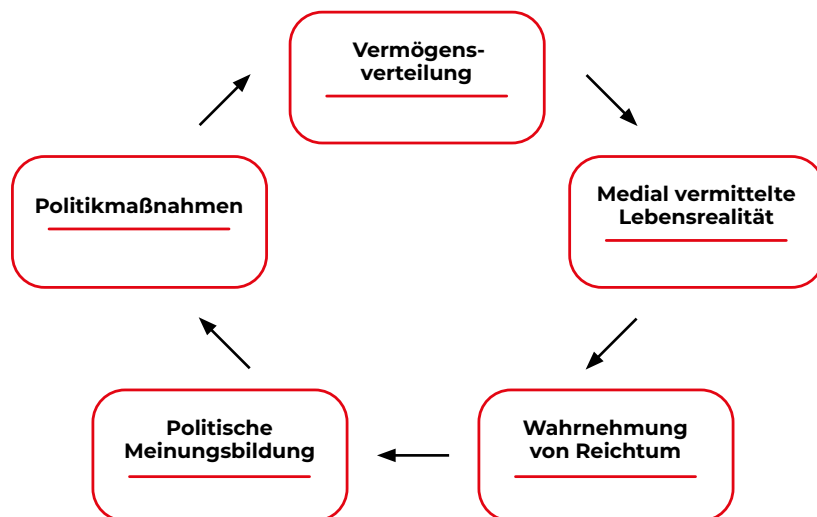
Was hält nun aber die Bevölkerung von solchen Steuern? Eine aktuelle Studie zeigt, dass Individuen in erster Linie darauf bedacht sind, von einer Vermögenssteuer nicht persönlich betroffen zu sein. Solange das der Fall ist, befürwortet der Großteil der Bevölkerung eine solche Steuer (Schechtel und Tisch 2023). Zudem scheint ein großer Teil der Bevölkerung die Spitzensteuersätze zu überschätzen, was zu einer Ablehnung der Steuer führen könnte (Dallinger 2021). Die Zustimmung zu einer Vermögenssteuer hängt insbesondere auch davon ab, ob das Vermögen leistungslos oder durch eigene Leistung erworben wurde. Die Zustimmung ist größer, wenn das besteuerte Vermögen durch Erbe, Heirat oder Börsenspekulationen akkumuliert wurde, als wenn es auf eigener Arbeit basiert (Sachweh und Eicher 2018). Das Leistungsprinzip wird also für die Rechtfertigung von Vermögensungleichheit herangezogen. Umso überraschender ist es, dass eine große Ablehnung der Erbschafts- und Schenkungssteuer in weiten Teilen der Bevölkerung vorherrscht, obgleich diese doch dem Leistungsprinzip entspricht. Hier zeigt sich, dass oft unterschiedliche Wertvorstellungen im Konflikt stehen. Denn die Ablehnung der Erbschaftssteuer kann unter anderem durch das familiendynastische Motiv erklärt werden, das die Familie als Vermögenseinheit und Umverteilungsinstitution an sich sieht (Gross, Lorek und Richter 2017, Lang 2018, Schürz 2019, S. 74). Zudem zeigt die Forschung, dass die Zustimmung zur Erbschaftsteuer auch von der konkreten Ausgestaltung der Steuer abhängt. Werden beispielsweise Betriebsvermögen verschont, wenn die Erben die Sicherheit von Arbeitsplätzen garantieren, wird eine Erbschaftssteuer für diese Erben eher abgelehnt (Lang 2018). Hier zeigt sich beispielhaft, wie es Lobbyist:innen der Familienunternehmen gelungen ist, durch die Medien die Gefährdung von Arbeitsplätzen als ein Argument gegen die Erbschaftssteuer zu etablieren. Dabei ist nicht geklärt, ob Erbschaftssteuern tatsächlich Arbeitsplätze gefährden. Mit der Möglichkeit der Stundung könnte dieser Gefahr begegnet werden. Zudem könnte ein etwaiger Verkauf des Unternehmens eventuell langfristig sogar mehr Arbeitsplätze schaffen. So kommen empirische Studien zum Ergebnis, dass Erb:innen nicht die besseren Unternehmenslenker:innen sind und sich Familienunternehmen, die nach einer Erbschaft fortgeführt werden, signifikant schlechter entwickeln (Houben und Maiterth, 2011). Ein weiterer Grund für die

Unbeliebtheit der Erbschafts- und Schenkungssteuer könnte in den unzureichenden Kenntnissen über das Steuersystem beruhen (Lang 2018). Zum Beispiel wird häufig falsch eingeschätzt, wer von einer solchen Steuer überhaupt betroffen wäre.

Unerkannte Perpetuierung von Überreichtum

Zusammenfassend lässt sich argumentieren, dass Kenntnisse über das Steuersystem, aber insbesondere auch die Wahrnehmung der Reichtumsgenese und die Differenzierung von verschiedenen Arten des Reichtums die allgemeine Befürwortung von Vermögenssteuern beeinflusst. In allen drei Bereichen fungieren die Medien als Informationsquelle, die Fakten liefern und Zusammenhänge einordnen sollte.

Wie in unten stehender Abbildung illustriert, führen also Fehlwahrnehmungen über Reichtum dazu, dass gerade nicht-reiche Menschen im Prozess der politischen Meinungsbildung entgegen ihren eigentlichen Interessen handeln. So bleiben Politikmaßnahmen wie eine Besteuerung von Vermögen auf der Strecke, die man für mehrheitsfähig halten würde, und übermäßiger Reichtum wird entsprechend nicht begrenzt. Die Folge ist die Perpetuierung des Vermögensgefüges und seiner Wahrnehmung.



Auf einer Metaebene führen verzerrte Wahrnehmungen von Reichtum und dessen Entstehung dazu, dass dieser skizzierte Teufelskreis nicht problematisiert wird. Denn seine präzise Darstellung offenbart gleichsam die Ansatzpunkte für Gegenmaßnahmen.

WAS KÖNNEN WIR GEGEN FEHLWAHRNEHMUNGEN TUN?

Unterschiedliche gesellschaftliche Akteur:innen müssen gemeinsam agieren, um den negativen Folgen der Fehlwahrnehmungen von Reichtum und dessen Entstehung entgegenzuwirken: Wissenschaftler:innen, Journalist:innen und Politiker:innen. Zum einen muss Forschung zu übermäßigem Reichtum stärker gefördert werden, um überhaupt eine Faktenbasis für die Diskussion zu schaffen. Momentan müssen sich Wissenschaftler:innen mit einer Mischung aus journalistischen Reichenlisten mit unklarer Methodik, amtlichen Statistiken mit begrenzter Abdeckung und Umfragestudien mit bekannten Problemen in der Erfassung Superreicher behelfen (Disslbacher et al. 2021). Nachdem gerade die Reichsten dazu tendieren, wissenschaftliche Anfragen zu ihrem Vermögen abzulehnen, sind diese in solchen Umfragedaten unterrepräsentiert. Gegeben der riesigen Vermögensungleichheit können schon wenige Prozent der Superreichen, die in Umfragen ihre Antwort verweigern, das geschätzte Vermögen der Reichsten um Billionen Euro verändern (Schulz und Milakovic 2023). Schon alleine der Umstand, dass die genauen Vermögensverhältnisse in Österreich wie Deutschland weder der Wissenschaft noch staatlichen Institutionen bekannt sind, wäre ein Argument für eine Vermögenssteuer - so würden zumindest die entsprechenden Vermögensdaten erhoben und könnten als Registerdaten Forscher:innen zugänglich gemacht werden.

Zum anderen brauchen wir mehr Forschung zu Fehlwahrnehmungen von Reichtum und deren Folgen. Auch der kurze Überblick im Rahmen dieses Essays zeigt: Wahrnehmungen schaffen oft soziale Realität – und sind schon deshalb ebenso relevant wie die Realität selbst. Entgegen dem medial und politisch diskutierten Bildes sind Fehlwahrnehmungen dabei nicht notwendig das Resultat unveränderbarer kognitiver Verzerrungen, die bestenfalls politisch mittels „Nudging“ oder strategischer Kommunikation ausgenutzt werden können, sonst aber akzeptiert werden müssen. Stattdessen zeigen sie sich als das Ergebnis einseitiger Informationskanäle von medial verstärkten, verzerrten Narrativen und schlicht von verallgemeinerter Alltagserfahrung, die in den seltensten Fällen repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist. Das heißt auch, dass diese Fehlwahrnehmungen über kluge Wissenschaftskommunikation und Bildung bekämpft werden können. Eine solche Bildung, die über Reichtum und Ungleichheit aufklärt, stellt einen Gegenentwurf dar zum meritokratischen Bildungsverständnis als Ausbildung und trügerische Hoffnung auf eigenen (Über-)Reichtum (Schürz 2019, S. 97). Wissenschaft und Bildungsinstitutionen, zu denen auch die Medien in ihrer Funktion als Wissenschaftskommunikationsinstanzen zählen, übernehmen dann explizit gesellschaftliche Verantwortung.

Ein Beispiel für ein Gelingen solcher Bildungsinterventionen ist der Equal Pay Day, der als erfolgreiches Instrument feministischer Aufklärung ein abstraktes

Konzept konkretisiert und greifbar macht. Infolgedessen sind beim Gender Pay Gap die Wahrnehmungen typischerweise empirisch viel näher an der Realität als bei schwer fassbarer allgemeiner Vermögensungleichheit (Mayerhoffer und Schulz 2022). Das Momentum Institut berechnet jedes Jahr den „Corporate Tax Refusal Day“, also den Tag im Jahr, bis zu dem Unternehmen durch Gewinnverlagerung und andere Steuervermeidungsstrategien durchschnittlich keine Steuern abgeführt haben. Solche und ähnliche Konzepte, die sich am erfolgreichen Vorbild feministischer Kampagnen zu genderbezogener Lohnungleichheit orientieren, würden das Thema Reichtum wieder dorthin bringen, wo es schon lange hingehört – ins öffentliche Bewusstsein. Auch auf individueller Ebene lassen sich Fehlwahrnehmungen korrigieren, indem am Arbeitsplatz bewusst die schädliche Norm, nicht „über Geld“ zu sprechen, ignoriert und gebrochen wird – und über die eigene Erwerbsgeschichte, das eigene Einkommen, Vermögen und Steuerlast gesprochen wird. In der Sammlung solcher individuellen Anekdoten würde sich dann auch deutlich zeigen, wie stark der eigene ökonomische Erfolg von strukturellen Ungleichheiten und reinen Zufällen bestimmt ist – und wie weit unsere Gesellschaften vom meritokratischen Ideal entfernt sind, das doch eigentlich die meisten teilen. Das alte sozialdemokratische Versprechen, Orte der klassenübergreifenden Begegnung und des Aufstiegs zu schaffen, um die Klassengesellschaft zu überwinden, bekommt so eine neue Rechtfertigungsfacette: Mobilität und Austausch zwischen den Klassen ermöglicht ein Problembewusstsein für die bestehenden Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen, das durch soziale Segregation verhindert wird. Auch aus genuinem Eigeninteresse sollte progressive Politik also soziale Durchlässigkeit fördern. Am Ende liegt es am Zusammenspiel von Wissenschaft, Parteien, Journalist:innen, Gewerkschaften und anderen progressiven Akteur:innen, Fehlwahrnehmungen als gesellschaftliches Problem zu priorisieren, anstatt an angeblich unveränderlichen Fehlwahrnehmungen zu resignieren. Nur so können linke Parteien progressive Wirtschaftspolitik auch als ökonomisch kluge Politik glaubhaft vertreten.

Literatur

- Bach, S., Beznoska, M., & Steiner, V. (2016). Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Steuerbelastung nur schwach progressiv. DIW Wochenbericht, 51+52, 1207-1217.
- Bartels, L. M. (2005). Homer gets a tax cut: Inequality and public policy in the American mind. *Perspectives on Politics*, 3(1), 15-31.
- Baselgia, E., & Martínez, I. Z. (2022). Tracking the Super-Rich: What Can We Learn from Swiss Rich Lists? KOF Working Papers, 501.
- Beckert, J. (2004). *Unverdientes Vermögen: Soziologie des Erbrechts*. Campus Verlag.
- Beckert, J. (2022). Durable Wealth: Institutions, Mechanisms, and Practices of Wealth Perpetuation. *Annual Review of Sociology*, 48(1), 233-255.
- Bjørneby, M., Markussen, S., & Røed, K. (2023). An imperfect wealth tax and employment in closely held firms. *Economica*, 90(358), 557-583.
- Choi, G. (2019). Revisiting the redistribution hypothesis with perceived inequality and redistributive preferences. *European Journal of Political Economy*, 58, 220-244.
- Dallinger, U. (2021). Attitudes Towards a Wealth Tax—The Influence of Perceived Inequality and Media Frames in Germany. SSRN Scholarly Paper.
- Dammerer, Q., Hubmann, G., & Theine, H. (2023). Wealth taxation in the Austrian Press from 2005 to 2020: A critical political economy analysis. *Cambridge Journal of Economics*, 47(3), 633-666.
- De Jong, D. (2022). *Braunes Erbe: Die dunkle Geschichte der reichsten deutschen Unternehmerdynastien*. Kiepenheuer & Witsch.
- Disslbacher, F., Ertl, M., List, E., Mokre, P., & Schnetzer, M. (2021). On Top of the Top: Adjusting wealth distributions using national rich lists. WU Vienna INEQ Working Paper Series, 20.
- Elsässer, L., Hense, S., & Schäfer, A. (2017). "Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27(2), 161-180.
- Fastenrath, F., Marx, P., Truger, A., & Vitt, H. (2022). Why is it so difficult to tax the rich? Evidence from German policy-makers. *Journal of European Public Policy*, 29(5), 767-786.
- Farrell, J. (2021). *Billionaire wilderness: The ultra-wealthy and the remaking of the American West*. Princeton University Press.
- Freund, C., & Oliver, S. (2016). The Origins of the Superrich: The Billionaire Characteristics Database. Peterson Institute for International Economics Working Paper, 16(1).
- Gross, C., Lorek, K., & Richter, F. (2017). Attitudes towards inheritance taxation – results from a survey experiment. *Journal of Economic Inequality*, 15(1), 93-112.
- Guvenen, F., Kambourov, G., Kuruscu, B., Ocampo-Díaz, S., & Chen, D. (2019). Use it or lose it: Efficiency gains from wealth taxation. National Bureau of Economic Research Working Paper Series, 26284.
- Hecht, K. (2022). 'It's the value that we bring': Performance pay and top income earners' perceptions of inequality. *Socio-Economic Review*, 20(4), 1741-1766.
- Houben, H., & Maiterth, R. (2011). Endangering of Businesses by the German inheritance tax?—An empirical analysis. *Business Research*, 4, 32-46.
- Kuusela, H. (2022). The hyperopia of wealth: The cultural legitimization of economic inequalities by top earners. *Socio-Economic Review*, 20(2), 515-538.
- Lang, V. (2018). Warum Bürger gegen die Erhebung von Erbschaftssteuern sind – auch wenn sie keine zahlen müssen: Ergebnisse einer Vignettenstudie. *Zeitschrift für Soziologie*, 47(3), 200-217.
- Lierse, H. (2022). Globalization and the Societal Consensus of Wealth Tax Cuts. *Journal of European Public Policy*, 29(5), 748-766.
- Marx, K. (1960). *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. MEW Band 8, Dietz Verlag.
- Mathisen, R. (2023). Taxing the 1 per cent: Public Opinion vs Public Policy. *British Journal of Political Science*, im Erscheinen.
- Mayerhoffer, D. M., & Schulz, J. (2022). Perception and privilege. *Applied Network Science*, 7(1), 125.
- McGoey, L., & Thiel, D. (2018). Charismatic Violence and the Sanctification of the Super-Rich. *Economy and Society*, 47(1), 111-134.
- Mijs, J. J. B. (2021). The paradox of inequality: Income inequality and belief in meritocracy go hand in hand. *Socio-Economic Review*, 19(1), 7-35.

- Pfeffer, F. T., & Dvir-Djerassi, A. (2022). The U.S. Wealth Distribution: Off the Charts. *Socius*, 8.
- Plasser, F., & Seeber, G. (2010). Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, News Bias und Medieneffekte. In F. Plasser (Hrsg.), *Politik in der Medienarena*. Facultas.
- Rainer, H., & Siedler, T. (2008). Subjective Income and Employment Expectations and Preferences for Redistribution. *Economics Letters* 99(3), 449–53.
- Rousseau, J. J. (1755). *Discours sur l'économie politique*. In *Collection complète des oeuvres* (Vol. 1).
- Rousseau, J. J. (1762). *The Social Contract*. Paris.
- Saez, E., & Zucman, G. (2022). Wealth taxation: Lessons from history and recent developments. *American Economic Review: Papers and Proceedings*, 112, 58-62.
- Sachweh, P., & Eicher, D. (2018). Einstellungen zur Vermögensteuer in Deutschland. *WSI-Mitteilungen*, 71(5), 370-381.
- Schäfer, A., & Schwander, H. (2019). 'Don't play if you can't win': Does economic inequality undermine political equality? *European Political Science Review*, 11(3), 395-413.
- Schechtl, M., & Tisch, D. (2023). Tax principles, policy feedback and self-interest: Cross-national experimental evidence on wealth tax preferences. *Socio-Economic Review*, im Erscheinen.
- Schürz, M. (2019). *Überreichtum*. Campus Verlag.
- Schulz, J., Mayerhoffer, D. M., & Gebhard, A. (2022). A network-based explanation of inequality perceptions. *Social Networks*, 70, 306-324.
- Schulz, J., & Milaković, M. (2023). How wealthy are the rich? *Review of Income and Wealth*, 69(1), 100-123.
- Tisch, D., & Ischinsky, E. (2023). Top Wealth and Its Historical Origins: An Analysis of Germany's Largest Privately Held Fortunes in 2019. *MPIfG Discussion Paper*, 23(1).
- Tisch, D., & Lersch, P. M. (2021). Distributive Justice in Marriage: Experimental Evidence on Beliefs about Fair Savings Arrangements". *Journal of Marriage and Family* 83(2): 516–33.
- van Parijs, P. (1992). Competing Justifications of Basic Income. In: van Parijs, P. (Hrsg.). *Arguing for basic income. Ethical foundations for a radical reform*. London, New York: Verso, 3–46.
- Waitkus, N., & Wallaschek, S. (2022). Legitimate wealth? How wealthy business owners are portrayed in the press. *Social Justice Research*, 35(4), 404-435.

KONTAKT



Tamara Premrov ist Referentin für öffentliche Haushalte und Sozialstaat in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien sowie Lektorin an der WU Wien.

tamara.premrov@akwien.at



Daniel Witzani-Haim ist Referent für Konjunktur- und Verteilungsfragen in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien sowie Lektor an der WU Wien.

daniel.haim@akwien.at

IMPRESSUM

1. Auflage, November 2023

Herausgeberin: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
A-1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22

Lektorat: Evelyn Beyer

Satz: Reinhard Schön

Fotos: Markus Marterbauer; Markus Zahradnik

Juliane Nagiller: privat

Sybille Pirklbauer: Lisi Specht

Martin Schürz: privat

Armin Thurnher: Irena Rosc

Johannes Amann: privat

Nicole Osimk: privat

Daniel Mayerhoffer: privat

Jan Schulz: privat

Daria Tisch: MPIfG/AD

Tamara Premrov: Lisi Specht

Daniel Witzani-Haim: privat

Cover: Adobe Stocke/urra



AK ESSAYPREIS ZUM THEMA „ÜBERREICHTUM“

Preisträger:innen 2023

November 2023